



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

ENSI Newsletter

Themenheft:
Gründungsfeier des ENSI am 30. April 2009

Nr. 3/Juni 2009





ENSI – Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat

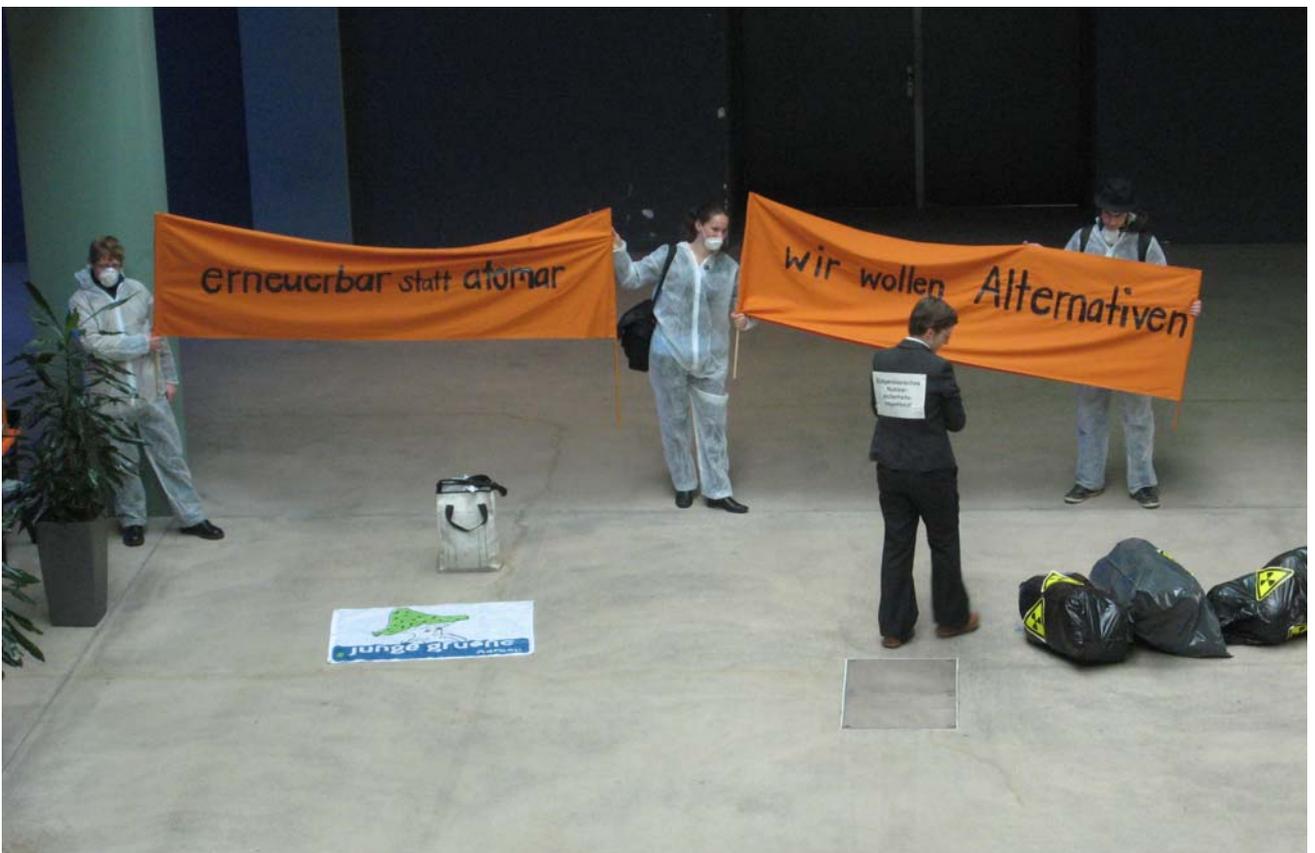
Das ENSI hat den wichtigsten Meilenstein eines mehrjährigen Übergangs erreicht. Bis Ende 2008 als Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK noch unter dem Dach des Bundesamts für Energie BFE, ist es seit Anfang 2009 eine unabhängige öffentlich-rechtliche Anstalt. Eine Umstrukturierung unter vielen? Das auch, aber damit ist nicht alles ausgedrückt. Denn es geht nicht nur darum, eine Behörde intern besser aufzustellen. Mit der Ausgliederung werden die Vorgaben des Kernenergiegesetzes und des internationalen Übereinkommens über die nukleare Sicherheit nun auch organisatorisch erfüllt. Sie verlangen eine formelle und wirksame Aufgabentrennung zwischen der Aufsichtsbehörde und den anderen mit der Kernenergie befassten Stellen. Zugleich stehen wir vor weiteren Herausforderungen, vor allem bei den Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke und bei der geologischen Tiefenlagerung der radioaktiven Abfälle. Das Jahr 2009 ist zudem geprägt durch unseren für Februar 2010 vorgesehenen Umzug nach Brugg. Und nicht zuletzt wollen wir den Übergang in die Selbständigkeit nutzen, die Information der Öffentlichkeit mehr in den Vordergrund zu stellen. Es ist uns ein Anliegen, Ihnen zu zeigen, was uns bewegt. Meistens bewegen uns fachliche Fragen. Am 30. April jedoch war es nach Jahren intensiver Arbeit unsere Gründungsfeier in der Trafohalle Baden, die wir mit dem vorliegenden Themenheft dokumentieren.

Vor dem offiziellen Teil der Gründungsfeier fand ein Mediengespräch zum Thema **Nukleare Sicherheit – aktuelle Herausforderungen und Rolle des Staates** statt.





Das Eintreffen der Gäste wurde begleitet von einer Demonstration der Jungen Grünen.





Der offizielle Teil begann mit einem Grusswort von **Peter Hufschmied**, Präsident des ENSI-Rates. Er stellte den Schutz von Mensch und Umwelt als Aufgabe des neu gegründeten ENSI in den Mittelpunkt. Im Dialog mit der Öffentlichkeit will das ENSI neben der Überwachung der Kernkraftwerke auch die neuen Herausforderungen bei der geologischen Tiefenlagerung und den Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke angehen.





Durch das weitere Programm führte die Moderatorin **Ellinor von Kauffungen**.

Peter C. Beyeler, Regierungsrat des Kantons AG, ging auf die Rolle des ENSI im Energiekanton Aargau ein. Als Kanton mit vielen energie-relevanten Institutionen hat sich der Aargau zum Ziel gesetzt, die bestehenden Kernkraftwerke CO₂-neutral zu ersetzen. Für die Aufsicht sieht er das steigende Misstrauen der Nichtwissenden gegenüber den Wissenden als wichtig an. Denn dem Wissen steht das Gefühl gegenüber. Sein Anliegen an das ENSI ist, das Sachwissen ins Zentrum zu stellen, um auf diese Weise Vertrauen zu schaffen und weiterhin ein Garant für Sicherheit zu bleiben.



Peter Hirt, Präsident von swissnuclear, äusserte mehrere Wünsche der Beaufichtigten an das ENSI. Er erhofft sich eine weiterhin sachverständige, gleichzeitig aber auch weniger politisch beeinflusste Aufsichtsbehörde. Das ENSI solle transparent vorgehen und ein guter Partner für kompetente Diskussionen sein. Er fasste dies in folgender Formel zusammen:

Experten
Neutral
Sicherheitsgerichtet
Integral und Integer



Werner Burkart, Stv. Generaldirektor der Internationalen Atomenergieagentur IAEA, betrachtete die nukleare Sicherheit in der Schweiz im internationalen Kontext. Er betonte das Spannungsfeld zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie. Als unabhängige Aufsichtsbehörde erfüllt das ENSI die internationalen Standards für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Aufgabe der Politik sei es nun, das ENSI die ihm zgedachten Aufgaben ohne Druck ausüben zu lassen. Das ENSI muss für ihn unabhängig, kritisch und bescheiden auftreten und so ein Garant für Sicherheit und Nachhaltigkeit sein.

Bundesrat **Moritz Leuenberger** stellte grundlegende Fragen zur Sicherheit und wies auf das veränderliche Gefahrenbewusstsein der Menschen hin. Bei den widerstrebenden Bedürfnissen Sicherheit und Freiheit kann nicht nur Unkenntnis das Sicherheitsbewusstsein herabsetzen, sondern auch Verdrängung von Gefahren nach längerem Ausbleiben von Katastrophen. Zudem nehmen Menschen im Bedürfnis nach Wohlstand oft Risiken in Kauf.



In diesem Umfeld sieht er die Aufgabe des Staates, dauerhaft Sicherheit zu organisieren: unabhängig von der augenblicklichen Stimmung in Politik und Öffentlichkeit. Bei der Kernenergie mit ihrem hohen Gefahrenpotenzial hat der Staat eine besonders grosse Verantwortung und muss deshalb besondere Sicherheitsvorkehrungen treffen. Deshalb wird die notwendige Kontrollfunktion vom Staat selbst ausgeübt. Bei der komplexen Technik lauert zudem die Gefahr einer „organisierten Unverantwortlichkeit“. Dem müssen wir durch klare Zuordnung der Verantwortung entgegentreten und dabei folgende fünf Punkte beachten:

1. Die Aufsicht muss von Spezialisten mit hoher Professionalität ausgeführt werden.

2. Diese Spezialisten müssen unabhängig sein von wirtschaftlichen Interessen. Für das ENSI sind dafür nun auch die formalen Rahmenbedingungen geschaffen, und es muss von jetzt an nach aussen seine Unbefangenheit zeigen. Dass Ausbildung und berufliche Erfahrung der Mitarbeitenden oft an Orten erfolgen, die sie später beaufsichtigen, ist dabei kein Hindernis, sondern unvermeidlich und kommt in anderen Berufen ebenso vor.
3. Es braucht eine Fehlerkultur, die nicht hauptsächlich von Bestrafung geprägt ist, sondern von der Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen.
4. Zusammenarbeit, aber auch gegenseitige Kontrolle der Aufsichtsbehörden im internationalen Rahmen sind bei globalen Risiken unerlässlich, wie die Reaktor-katastrophe in Tschernobyl deutlich gemacht hat.
5. Terrorismus und Krieg sind gerade im Nuklearbereich Gefahren, denen nur durch internationale Verträge begegnet werden kann, welche die Stabilität wahren und einen Ausgleich zwischen Arm und Reich schaffen.

Schliesslich legte Bundesrat Leuenberger grossen Wert auf eine ehrliche und transparente Kommunikation. Sicherheit für die Bürger zu schaffen, heisse nicht, sie in Sicherheit zu wiegen, im Gegenteil: Sie müssen über die Risiken aufgeklärt werden. Das Vertrauen in die Aufsicht ist nicht zu verwechseln mit dem Vertrauen in die Anlagen. Gerade bei Störfällen sind nicht Beschönigungen oder auch nur der Eindruck von Beschönigungen gefragt, sondern genaue Erklärungen, selbst wenn ein komplizierter Sachverhalt manchmal schwer zu vermitteln ist und Missverständnisse dabei nur allzu leicht passieren können. Zur ehrlichen Kommunikation gehört gleichfalls: Absolute Sicherheit kann auch heute nicht geschaffen werden, selbst wenn nunmehr ein weiterer Schritt zu mehr Sicherheit getan wird. Es werden noch manche Schritte folgen müssen. Wir wollen Perfektion anstreben, aber wir müssen wissen, dass wir sie nie erreichen.

Anforderungen an eine nachhaltige und ethisch vertretbare globale Energiezukunft waren das Thema von **Ortwin Renn**, Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart. Er zeigte die Zielkonflikte zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit auf, die mit dem steigenden Energiebedarf sichtbar werden. Der Energiebedarf wächst in den bisher wenig entwickelten Ländern ungleich stärker als in den Industrieländern, und dies wird auch zukünftig so sein. Um bei diesem Umfeld weitere CO₂-Emissionen vermeiden zu können, bedarf es technischer und organisatorischer Weiterentwicklungen. Ohne die Berücksichtigung aller Energieträger ist das weltweit akzeptierte Ziel der Vermeidung eines globalen Temperaturanstiegs von mehr als 2 °C nicht zu erreichen. Für eine nachhaltige Entwicklung im Energiebereich müssen seiner Meinung nach alle vier folgenden Massnahmen gemeinsam umgesetzt werden:

1. Die Effizienz bei der Ausnutzung der Energie muss erhöht werden. So müssen z. B. die Wirkungsgrade bei Geräten und die Dämmung von Gebäuden verbessert werden.
2. Stoffkreisläufe müssen geschlossen werden. Damit sind die Förderung erneuerbarer Ressourcen wie Biotreibstoffe gemeint, aber auch die Nutzung von Abwärme von Kraftwerken.
3. Ressourcen- und umweltschonende Innovationen müssen gefördert werden. Dazu zählen neue Antriebstechniken, die Abscheidung von CO₂ bei der Verbrennung fossiler Energieträger, aber auch die Optimierung von Kernkraftwerken durch Erhöhung ihrer inhärenten Sicherheit; auf lange Sicht kann dazu auch die Kernfusion gehören.
4. Unerlässlich ist aber auch ein umweltbewussterer Lebensstil. Dabei ist ein wirkliches Umdenken nötig, denn die bisherigen Effizienzsteigerungen wurden durch Konsumausweitung überkompensiert.

Zusammenfassend muss aus Sicht von Prof. Renn die Effizienzsteigerung Vorrang vor allen anderen Massnahmen haben. Dieses Ziel weist am wenigsten Konflikte mit



anderen Zielen auf und zeigt am schnellsten Wirkung. Beim Einsatz der Energieträger müssen alle Optionen genutzt werden, denn einseitige Ausrichtungen haben langfristig immer negative Effekte. Die Kernenergie sollte noch mindestens für die kommenden 50 Jahre einen substantziellen Anteil leisten. Um dem Klimawandel zu begegnen, werden die Prävention weiterer Emissionen und die Anpassung der Gesellschaft an steigende Temperaturen parallel laufen müssen. Und bei alledem muss stets 20 bis 40 Jahre vorausgedacht werden, denn für diese Zeiträume legen Entscheidungen bei der Energieversorgung den Entwicklungsweg fest.

In der folgenden Podiumsdiskussion stellte die Moderatorin **Ellinor von Kauffungen** Fragen zu **Nutzen und Schutz in der Kernenergie – wie viel Risiko ist vertretbar?**

Kurt Herren, Gemeindeammann von Mühleberg, ist der Meinung, dass es für die Versorgung neben anderen Energieträgern auch die Kernenergie braucht. Er ist überzeugt davon, dass das Kernkraftwerk Mühleberg so betrieben werden kann, dass das Risiko, das dem Nutzen gegenübersteht, sehr klein ist. Auch wenn bei Technik immer etwas passieren könne, vertraue er Betreibern und Aufsicht, dass auftretende Fehler beherrscht werden können. Dazu gehöre auch die laufende Nachrüstung. Sein Wunsch an das ENSI ist eine transparente und verständliche Information der Bevölkerung bei guten wie schlechten Nachrichten, um so Vertrauen in diese Institution und seine Unabhängigkeit gewinnen zu können.

Nationalrat **Geri Müller**, Vizeammann von Baden und Präsident der Schweizerischen Energie-Stiftung, hält die Kernenergie für eine Technologie aus dem letzten Jahrtausend, die ebenfalls erhebliche CO₂-Mengen beim Uranabbau freisetze und wegen begrenzten Uranvorräten nicht langfristig betrieben werden könne. Sie sei daher keine wirkliche Alternative zu den fossilen Energieträgern. Wirkliche Alternativen würden auch zur Verfügung stehen, wenn konsequent in erneuerbare Energie investiert würde. Dabei würden auch weit mehr Arbeitsplätze entstehen als bei der Kernenergie. Beim Risiko stehe letztlich der Mensch als Faktor im Zentrum, wie vergangene Unfälle gezeigt hätten. Er wies zudem darauf hin, dass besonders die Verlängerung der ursprünglich geplanten Betriebsdauer der schweizerischen Kernkraftwerke für ihn die Frage nach dem damit verbundenen Risiko aufwerfe. Er wünschte dem ENSI viel Glück



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, von links Ellinor von Kauffungen, Kurt Herren, Geri Müller, Anne Eckhardt, Werner Burkart und Manfred Thumann.

bei schwierigen Entscheiden, denn das ENSI übernehme dabei eine extrem grosse Verantwortung für viele Generationen, besonders bei der Endlagerung.

Anne Eckhardt, Vizepräsidentin des ENSI-Rates, hält es für einen Vorteil, dass das ENSI nicht nur den Betrieb der Kernkraftwerke überwacht, sondern auch deren spätere Stilllegung und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle begleiten wird. Dazu gehöre, dass die Kernkraftwerke durch Nachrüstung laufend auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik gehalten werden, wie es das Kernenergiegesetz fordert. Das ENSI sei nicht nur bestrebt, ein Höchstmass an Sicherheit und laufende Verbesserungen zu gewährleisten, sondern könne auch einen Beitrag zu einer qualifizierten Diskussion über Kernenergie leisten. Für die Unabhängigkeit des ENSI sei die jetzige Struktur sehr gut, und förderlich sei auch, dass Sicherheit trotz aller Diskussionen grundsätzlich von allen als Wert geteilt wird.

Werner Burkart, Stv. Generaldirektor der Internationalen Atomenergieagentur IAEA, sieht aus internationaler Sicht eher das Problem, dass zu viele Staaten, darunter auch instabile, Kernkraft nutzen wollen. Die IAEA fördere nicht die Kernenergie an sich, sondern lediglich die Sicherheit bei deren friedlicher Nutzung. Als Problem in Staaten wie Deutschland und der Schweiz sieht er nicht vor allem die Alterung der Technik, sondern die des Personals. Er plädierte im Hinblick auf die Entscheide über die Energieversorgung für eine qualifizierte Diskussion ohne unnötige Emotionen und falsche Zahlen. Für die Unabhängigkeit des ENSI sei wichtig, dass es von der Politik respektiert werde. Dabei spielten eine stabile Demokratie mit gegenseitiger Kontrolle, gerade auch durch die Medien, eine grosse Rolle. Das ENSI müsse seinerseits aber auch die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten suchen.

Manfred Thumann, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG, stellte den Unterschied zwischen der Risikowahrnehmung und dem realen Risiko in den Vordergrund. Die Risikowahrnehmung der Bevölkerung schwanke, je nachdem ob Nutzen oder Gefahren momentan mehr ins Bewusstsein rücken. Die Betreiber wie auch das ENSI müssen das reale Risiko im Blick haben, und dabei dürfe die Aufmerksamkeit auch nach Jahrzehnte langem sicherem Betrieb nicht erlahmen. In der Schweiz sei auch die Beteiligung der Bürger in der Demokratie gut gelöst; dies gebe die Sicherheit, dass ausgewogene und keine leichtsinnigen Entscheidungen getroffen werden und dabei das Mehrheitsprinzip gilt, das für Akzeptanz sorgt. Das ENSI solle weiterhin seine Rolle als unabhängige, kritische Aufsichtsbehörde wahrnehmen, denn es geniesse dadurch Vertrauen bei der Bevölkerung, welche die Betreiber aus ihrer Rolle heraus nicht haben könnten. Er betonte, dass die Verantwortung für die Sicherheit der Anlagen in erster Linie bei den Betreibern liege und diese auch dazu stehen.

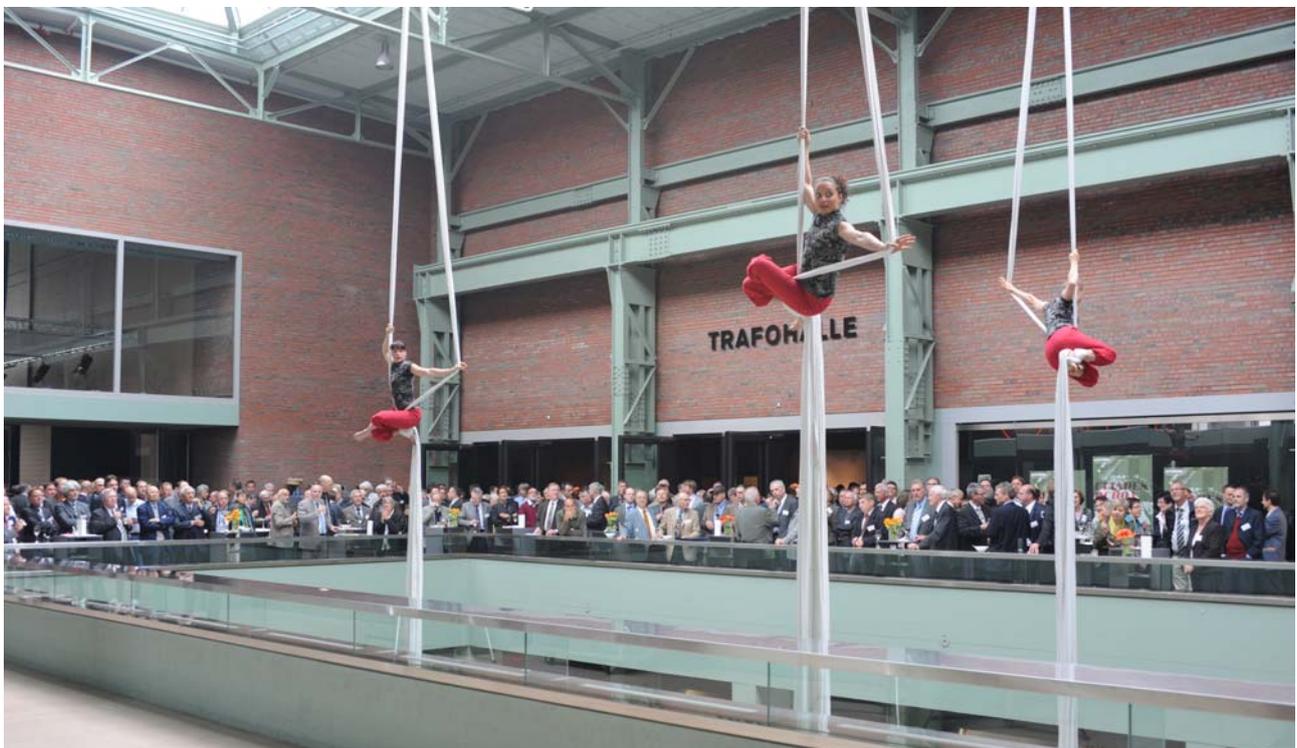
In seinem Schlusswort dankte ENSI-Direktor **Ulrich Schmocker** allen Gästen der Gründungsfeier für ihr Interesse am ENSI und seinen Aufgaben. Ebenso dankte er den ENSI-Mitarbeitenden und allen, die den Weg bis zur Gründung über mehrere Jahre unterstützt haben. Er griff diejenigen Punkte aus dem Gesagten heraus, die ihm besonders wichtig erschienen. Mit der Unabhängigkeit müsse das ENSI nun auch bei der Kommunikation eigene Wege gehen und sich verbessern; dem misst das ENSI grosse Bedeutung bei. Um das vorhandene Grundvertrauen der Bevölkerung ins ENSI zu erhalten, sei ausgezeichnete Arbeit, transparente Entscheidungsfindung und Kommunikation entscheidend. Das



Ziel müsse immer sein, unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben die Sicherheit der Kernanlagen zu erhöhen. Es brauche Mut, die notwendigen Entscheidungen ohne Beeinflussung von Politik und Wirtschaft zu treffen.

Wichtig ist ihm eine Kultur, die Fehler nicht unter dem Gesichtspunkt der Bestrafung sieht, sondern der Möglichkeit, aus ihnen zu lernen. Während im technischen Bereich viele Fortschritte gemacht wurden und Grenzen der Entwicklung absehbar sind, bestehen aus seiner Sicht im menschlichen und organisatorischen Bereich noch Verbesserungsmöglichkeiten. Zu diesem Zweck sieht er auch Handlungsbedarf im rechtlichen Bereich, insbesondere bei bestimmten Grenzwerten, die sicherheitstechnisch unbedeutend sind, deren Verletzung formal aber zu einem Strafverfahren führt.

Abschliessend wünschte er sich, dass nicht länger Grabenkämpfe im Energiebereich geführt werden, sondern dass die Zukunft gemeinsam für unsere Kinder und Kindeskiner sinnvoll gestaltet werden kann.



Die Gründungsfeier klang mit einem Lunch und akrobatischen Darbietungen der Gruppe öff öff productions aus.



